

# »Das wäre tödlich für die amerikanische Demokratie«

Der amerikanische Politikwissenschaftler Daniel Ziblatt beschreibt, wie das politische System der USA Minderheiten bevorzugt



Der Republikaner Patrick McHenry ist vorübergehend Vorsitzender des Repräsentantenhauses. Sein Vorgänger wurde von der eigenen Fraktion abgesetzt, bisher konnte kein Nachfolger gewählt werden

**DIE ZEIT:** Herr Ziblatt, nach *Wie Demokratien sterben* haben Sie mit Steven Levitsky ein neues Buch geschrieben. Es heißt *Tyranny of the Minority* – »Die Tyrannei der Minderheit«. Ihre These ist, dass es im politischen System der Vereinigten Staaten zu viele Regeln gibt, die Minderheiten bevorzugen, und deshalb die amerikanische Demokratie in Gefahr ist. Was sind das für Regeln?

**Daniel Ziblatt:** Amerika ist das einzige Land in der Welt, in dem man Präsident werden kann, ohne die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinen. Man kann eine Wahl verlieren und trotzdem Präsident werden. Das liegt am Electoral College ...

**ZEIT:** ... dem Gremium der Wahlmänner und -frauen, das den Präsidenten wählt. Die Bundesstaaten entsenden Delegierte in dieses Gremium.  
**Ziblatt:** Ja. Und aufgrund der Stimmverteilung auf die Bundesstaaten haben kleine Staaten mit wenigen Einwohnern im Electoral College überproportional viel Einfluss. Außerdem gilt das »winner takes all«-Prinzip: In den allermeisten Staaten stimmen die Wahlmänner und -frauen alle für den Gewinner in diesem Staat, egal, wie hoch der Sieg ausgefallen ist. So kommt es, dass manchmal jemand auf das ganze Land bezogen nicht die Mehrzahl der Stimmen der Bevölkerung hat, aber die Mehrzahl der Stimmen im Electoral College – und dann Präsident wird.

**ZEIT:** Das war 2000 bei der Wahl von George W. Bush so und 2016 bei Donald Trump.  
**Ziblatt:** Ja, und das ist nicht die einzige Institution, in der Minderheiten bevorteilt werden.

**ZEIT:** Welche noch?  
**Ziblatt:** Auch der Senat spiegelt oft nicht die Mehrheit der Wähler wider, auch dort sind kleine Staaten extrem überrepräsentiert ...

**ZEIT:** ... weil jeder Staat zwei Senatoren stellt, egal, wie viele Menschen dort leben.

**Ziblatt:** Ja, genau. Die dritte Säule, die Minderheiten bevorzugt, ist das Justizsystem. Richter werden vom Präsidenten ernannt und vom Senat bestätigt – also womöglich von jenem Präsidenten und jenem Senat, die vielleicht gar nicht für die Mehrheit der Wähler stehen. Das war in der Geschichte der USA alles schon immer so, mal haben die Demokraten davon profitiert, mal die Republikaner.

Im 21. Jahrhundert allerdings profitieren nur noch die Republikaner. Das liegt daran, dass sich die Bevölkerung heute anders auf das Land verteilt. Die Städte, die meist liberaler sind, wachsen – werden aber deshalb nicht stärker repräsentiert. Und dann ist da noch der Filibuster...

**ZEIT:** ... so nennt man Taktiken im Senat, die verhindern, dass die Debatte über ein Gesetz endet und es zur Abstimmung kommt. Die Geschäftsordnung des Senats macht das möglich.

**Ziblatt:** Ja, sie ermöglicht es einer Minderheit im Senat, zu verhindern, dass Gesetze verabschiedet werden, auch wenn es für diese Gesetze eigentlich eine einfache Mehrheit gäbe.

**ZEIT:** Seit einigen Wochen verfolgen wir das Drama um den Sprecher des Repräsentantenhauses. Der Republikaner Kevin McCarthy wurde im Oktober von einer radikalen Minderheit seiner eigenen Fraktion abgesetzt. Bis Redaktionsschluss konnten sich die Republikaner nicht auf einen neuen Sprecher einigen. Das Repräsentantenhaus ist nun in einer Krisenzeit – während der Kriege in der Ukraine und in Israel – nicht handlungsfähig. Ist es auch das, was Sie meinen?

**Ziblatt:** In den Ereignissen spiegelt sich vor allem die Radikalisierung der Republikaner. Die hat zwar nicht direkt, aber doch indirekt mit den Regeln zu tun, die Minderheiten bevorzugen. Die kleine Gruppe von Abgeordneten, die McCarthy abgesetzt hat, hat eine unglaubliche Verhandlungsmacht. Alle in dieser Gruppe sind Verbündete von Donald Trump, sie tun das, was Trump will. Und Trump ist faktisch Chef der Partei, er führt mit Abstand das innerparteiliche Rennen um die Kandidatur der Republikaner an.

**ZEIT:** Was will die radikale republikanische Minderheit im Repräsentantenhaus erreichen?

**Ziblatt:** Auf den ersten Blick wirken sie nihilistisch. Aber sie haben auch ein Programm: Sie wollen die staatlichen Institutionen untergraben. Sie haben die gefährliche Vorstellung, dass das politische Leben zuerst schlimmer werden muss, bevor

es besser werden kann. Deshalb halten sie alle möglichen existenziell wichtigen Parlamentsbeschlüsse auf: zum Waffenrecht zum Beispiel und nicht zuletzt zum Haushalt. Ich halte sie für antidemokratisch. Sie wollen, dass Donald Trump wieder an die Macht kommt. Das wäre tödlich für die amerikanische Demokratie.

**ZEIT:** Der bisherige Sprecher McCarthy wurde auch abgesetzt, weil die Demokraten gegen ihn gestimmt haben. Sie hätten ihn retten können.

**Ziblatt:** Ich denke, sie haben richtig entschieden. Kevin McCarthy ist kein Moderater, niemand, der bereit zu Verhandlungen ist. Er ist vielleicht ein bisschen besser als jene, die nach ihm angetreten sind, aber nicht wirklich. Er hat ein Amtsenthebungsverfahren gegen Joe Biden betrieben – ohne jede Grundlage.

**ZEIT:** Sie kritisieren in Ihrem Buch die »Tyrannei der Minderheit«. Ist es nicht eine Stärke liberaler Demokratien, Minderheitenrechte zu garantieren?

**Ziblatt:** Ja, ich stimme zu, das ist eine Stärke. Eine Demokratie ist mehr als die Regierung der Mehrheit. Sie schützt auch die Rechte von Minderheiten. Deswegen haben wir in den USA zusätzlich zur Verfassung die Bill of Rights, die wichtige Grundrechte garantiert. Und wir haben eine unabhängige Justiz, die diese

Rechte schützt. Aber es ist genauso wahr, dass die Mehrheit eben auch wichtige Dinge entscheiden können muss. Wenn eine Minderheit den Präsidenten stellen oder die einfache Gesetzgebung blockieren kann, dann ist das Grund zur Sorge.

**ZEIT:** Die Vereinigten Staaten haben 250 Jahre lang ganz gut mit ihrer Verfassung gelebt. Warum kommt man jetzt nicht mehr damit zurecht?

**Ziblatt:** Die politischen Probleme, die wir haben, sind zumindest in Teilen Folge unserer Verfassung. Ja, unsere Verfassung ist ein wunderbares Dokument, das politische Stabilität und Wirtschaftswachstum ermöglicht hat. Aber es ist ein Missverständnis, dass Einrichtungen wie das Electoral College das Ergebnis tieferschürfender konzeptio-

ner Gedanken sind. Tatsächlich ist vieles das Ergebnis von Kompromissen und Improvisation. Die Gründerväter hatten bei der verfassungsgebenden Versammlung 1787 große Schwierigkeiten, sich auf einen Modus für die Wahl des Präsidenten zu einigen. Diskutiert wurden die Direktwahl ebenso wie die Wahl durch das Parlament. Erst in letzter Minute einigte man sich auf das jetzige System, das Electoral College. Es war gedacht als eine Art »Rat der Weisen«, so hat es aber nie funktioniert.

**ZEIT:** In Ihrem Buch plädieren Sie und Steven Levitsky dafür, die Verfassung zu ändern. Dafür müssten allerdings eine Zweidrittelmehrheit im Kongress zustimmen sowie drei Viertel aller Bundesstaaten. Ist das nicht unrealistisch?

**Ziblatt:** Wir machen in unserem Buch 15 Reformvorschläge – ein paar sind ambitioniert, zugegeben, weil dafür die Verfassung geändert werden müsste, etwa die Abschaffung des Electoral College. Andere Vorschläge sind leichter machbar. Wir schlagen etwa verschiedene Wege vor, wie das Wählen einfacher werden kann, zum Beispiel indem alle Amerikaner automatisch auf Wählerlisten stehen und sich nicht erst registrieren müssen. Den Filibuster im Senat kann man auch ohne Verfassungsänderung abschaffen, es braucht dafür lediglich eine einfache Mehrheit im Senat.

**ZEIT:** Aber selbst das wollen weder Demokraten noch Republikaner – denn manchmal profitieren auch die Demokraten von der Blockademöglichkeit.

**Ziblatt:** Ja, aber 2022 waren wir schon einmal sehr nah dran. Es fehlten nur die Stimmen von zwei demokratischen Senatoren. Das kann sich ändern. Es werden übrigens auch immer wieder Ideen diskutiert, wie man das Electoral College verändern könnte, ohne die Verfassung zu ändern.

**ZEIT:** Ja? Wie denn?  
**Ziblatt:** Die Bundesstaaten könnten die Regeln verändern, nach denen die Wahlmänner und -frauen benannt werden. Es gibt eine Bewegung, die nennt sich »Interstate Compact«. Diese Staaten verpflichten ihre Wahlmänner und -frauen, für den Kandidaten zu stimmen, der die »popular vote« gewonnen hat, also die Mehrheit der Stimmen. Eine

weitere Reformidee wäre es, dass die Stimmen der Wahlmänner und -frauen proportional auf die Kandidaten verteilt werden, je nach Stimmanteil. Generell denke ich: Einer weitreichenden Reform steht vor allem im Weg, dass zu viele Amerikanerinnen und Amerikaner nicht mehr daran glauben, dass wir noch die Kraft haben, unser veraltetes System zu erneuern. Uns ist die Fantasie abhandlung gekommen. Das muss anders werden.

**ZEIT:** Was ist derzeit Ihre größte Hoffnung?  
**Ziblatt:** Dass die Republikanische Partei es wieder schafft, echte Mehrheiten zu erringen.

**ZEIT:** Sie meinen, indem die Republikaner ihr Parteiprogramm für mehr Menschen attraktiver machen?

**Ziblatt:** Genau. Dass eine Partei Wahlen ohne eine Mehrheit an Stimmen gewinnen kann, zerstört den demokratischen Wettbewerb. Denn diese Partei muss sich nicht darum bemühen, eine Mehrheit von Wählern zu überzeugen. Andere Parteien ändern ihr Programm, wenn sie keine Mehrheiten mehr gewinnen. Die Republikaner aber scheinen nicht bereit zur Selbstkorrektur. Sie wollen das Waffenrecht nicht ändern, obwohl eine überwältigende Mehrheit der Amerikaner dafür ist. Sie sind für eine Verschärfung des Abtreibungsrechts, obwohl eine überwältigende Mehrheit der Amerikaner dagegen ist. Die Republikaner müssen endlich wieder mit den Demokraten um echte Mehrheiten konkurrieren, um Inhalte. Dann könnten wir wieder ernsthafte Diskussion über die vielen drängenden Probleme führen, zum Beispiel über den Klimaschutz oder die Eindämmung der Waffengewalt. Eine funktionierende Demokratie hat mindestens zwei Parteien, die sich zur Demokratie bekennen – und das ist es, was wir heute brauchen.

Die Fragen stellten **Martin Klingst** und **Anna Sauerbrey**

Hören Sie **den Podcast**

Am Ende der Woche sprechen wir über Politik – so wie dieses Mal über den Krieg in der Ukraine.

Jeden Freitag in **Das Politikeil**.

Jetzt anhören unter [www.zeit.de/das-politikeil](http://www.zeit.de/das-politikeil)

ANZEIGE



**Deutsches Schulportal**  
der Robert Bosch Stiftung

## Lernen Sie die Preisträger des Deutschen Schulpreises 2023 kennen!

Prüfungsangst, Langeweile und Lernen im Gleichschritt. Über 100 Schulpreisträger zeigen: Lernen geht auch anders!

Erhalten Sie Einblicke in die ausgezeichnete Arbeit dieser Schulen und lassen Sie sich beflügeln!

[www.deutsches-schulportal.de](http://www.deutsches-schulportal.de)



Jetzt reinschauen und QR-Code scannen

Eine Initiative der  
**Robert Bosch**  
Stiftung

In Kooperation mit  
**DIE ZEIT**  
VERLAGSGRUPPE